

Kolumbien-aktuell

No. 440 26. Oktober 2006

1. Frieden und Konflikt:

- **Die 5. Plenarversammlung der Zivilgesellschaft für den Frieden**
- **Nach dem Autobombenanschlag vom 19. Oktober: Weitere vier Jahre Krieg?**
- **„Mässigung“ in der Sprache und politische Transformationen: Uribe und die FARC**
- **Während es im Putumayo regnet...**

2. Soziale Bewegungen: Ein Land im Dunkeln - Blick hinter die vermeintlichen Fortschritte der Sicherheit von GewerkschaftlerInnen

3. Gastkolumnist: Indigener Rock am Rock-Festival in Bogotá

Leitungsequipe:

Alejandro Angulo S.J., CINEP; Gabriel Izquierdo S.J., Redunipaz
Carlos Salgado, PLANETA PAZ; Camilo Castellanos, ILSA

Direktion:

Natalia Rey

Assistentin:

Ana Lucia Rodriguez

Redaktion:

Alejandro Angulo S.J.; Natalia Rey; Camino Tamayo

Gestaltung der Website:

www.actualidadcolombiana.org

e-mail: actualidadcolombiana@cinep.org.co

1. Frieden und Konflikt:

Die 5. Plenarversammlung der Zivilgesellschaft für den Frieden

Vom 12. – 14. Oktober 06 fand in Bogotá die 5. Plenarversammlung der Zivilgesellschaft für den Frieden statt. Dabei wurden alle sozialen Sektoren und Konfliktparteien aufgerufen, Verpflichtungen einzugehen und einen Konsens zur Einstellung des Krieges aufzubauen.

Von Alexandra Bermudez, Sprecherin der Permanenten Versammlung der Zivilgesellschaft für den Frieden

Mit der Überzeugung, dass der „Friede in Kolumbien nicht nur von einem Abkommen zwischen den Konfliktparteien abhängt, sondern eine soziale Verpflichtung zum Aufbau eines Konsens braucht, welcher die Demokratie und ein wirtschaftliches Entwicklungsmodell Realität werden lässt, welches den sozialen Rechtsstaat und die Aufrechterhaltung des Friedens garantiert“, wurde die 5. Plenarversammlung der Zivil-

gesellschaft für den Frieden einberufen. Alle sozialen Sektoren und Konfliktparteien wurden aufgerufen, Verpflichtungen einzugehen und einen Konsens zur Einstellung des Krieges zu schaffen und so zu ermöglichen, dass das ersehnte humanitäre Abkommen wie auch der Weg für Friedensgespräche und eine politische Verhandlungslösung mit allen bewaffneten Akteuren in Gang kommt.

In Vorbereitung dieser 5. Plenarversammlung hatten Dutzende von Treffen auf verschiedenen Ebenen stattgefunden: Versammlungen von Frauen, Jugendlichen, ArbeiterInnen, Betagten, Indigenen und AfrokolumbianerInnen, JournalistInnen, regionale Versammlungen und internationale Treffen über die Verpflichtungen von Unternehmern, sozialen Organisationen und der internationalen Entwicklungszusammenarbeit beim Aufbau eines Friedens.

Gegen 1500 Personen aus fast allen Departementen, von sozialen- und Menschenrechtsorganisationen, Friedensinitiativen, Unternehmervereinigungen, lokalen und nationalen Netzwerken, Friedensplattformen, internationalen Hilfswerken und der internationalen Zivilgesellschaft nahmen am Treffen teil.

„Wir sehen mit Befriedigung alle politischen Anstrengungen um dem Krieg Raum wegzunehmen und unser Motto umzusetzen: Einstellung des Krieges und Verhandlung des Friedens.“

Thematische Schwerpunkte

An der Plenarversammlung wurden drei Schwerpunkte behandelt: 1. Politische Verhandlungslösung des bewaffneten Konfliktes und humanitäre Krise; 2. Soziale Ausgewogenheit und Wirtschaft; 3. Aufbau der Demokratie. Alle diese Debatten zählten mit fundierten Beiträgen, welche auch im Schlussbericht enthalten sind. Dutzende von Vorschlägen, Frucht der intensiven und enthusiastischen Arbeit der thematischen Tische, wurden vollständig in den Aktionsplan aufgenommen und sind ebenfalls Teil der Schlusserklärung, in welcher die strategischen Aktionslinien der Permanenten Versammlung der Zivilgesellschaft für den Frieden in der aktuellen Situation festgehalten wurden.

Zu den bedeutendsten Vorschlägen gehören die Einberufung eines Mobilisierungsprozesses für den Frieden, die Demokratie und die soziale Gerechtigkeit, aufbauend auf der lokalen, regionalen und sektoriellen Ebene und unter Beteiligung aller Friedensengagierten. In der Schlusserklärung wird auch von der Bildung einer Nationalen Humanitären Kommission gesprochen, welche sich für die Förderung und Unterstützung eines humanitären Austausches einsetzen soll.

Es werden auch humanitäre Abkommen gefordert, um u.a. den Einsatz von Minen, die Vertreibung und Entführungen einzudämmen, das Land an die Vertriebenen zurück zu geben, Verschwundene aufzufinden, die Leichen in den Massengräbern zu identifizieren und Kindern, indigenen und afrokolumbianischen Gemeinschaften besonderen Schutz zu gewähren. Der Dialog zwischen der Regierung und dem ELN wurde begrüßt. „Wir unterstützen alle Anstrengungen zwischen der Regierung und der FARC für einen humanitären Austausch und zum Beginn von umfassenden Friedensverhandlungen. Ein Teilfriede garantiert kein Ende der bewaffneten Konfrontation. Wir schlagen vor, dass ELN und FARC ein Treffen ihrer Führungsstäbe durchführen und dem Begehren der BürgerInnen nach einem definitiven und umfassenden Weg zum Frieden entsprechen.“

Vorschläge der 5. Plenarversammlung

- Das Recht auf Frieden und Leben soll als Grundwert anerkannt werden. Wahrheit, Gerechtigkeit, umfassende Wiedergutmachung und Anerkennung der Rechte der Opfer sollen gefördert werden. Die Versöhnung soll als Richtschnur zur Überwindung des Krieges auf dem Weg zu Demokratie und sozialer Gerechtigkeit dienen.
- Wir betonen die Notwendigkeit einer Regierungspolitik zur Auflösung des Paramilitarismus und zum Abbruch aller Verbindungen zwischen Staatsbeamten und den irregulären Gruppen und der Mafia des Drogenhandels. Die Plenarversammlung verlangt dringende Korrekturen der Demobilisierungspolitik der Paramilitärs der AUC.
- Wir rufen die internationale Gemeinschaft zu einer Friedenszusammenarbeit auf, welche auf den Aufbau von Demokratie, Bürgerschaft, Mitbestimmung und nachhaltige menschliche Entwicklung und die Nichteinmischung in den Krieg ausgerichtet ist. Wir rufen zur Einstellung des Plan Colombia und zu einer Drogenpolitik auf, welche einen sozialen und gesundheitlichen Ansatz verfolgt und von effektiver gegenseitiger Verantwortung ausgeht.

- Wir fördern dringende internationale Massnahmen für den Frieden, so die Ernennung eines UNO-Sonderbeauftragten für Frieden in Kolumbien und die Bildung einer Ländergruppe und von zivilen lateinamerikanischen Organisationen für den Frieden. Wir unterstützen die Tätigkeit des UNO-Menschenrechtsbüros, insbesondere seine Funktion der Überwachung und Berichterstattung.
- In Übereinstimmung mit unserer Überzeugung, dass die Überwindung des bewaffneten Konfliktes und der generalisierten Gewalt eine soziale Verpflichtung zum Aufbau eines Konsens braucht, welcher Demokratie und ein wirtschaftliches Entwicklungsmodell zur Garantierung des sozialen Rechtsstaates und eines nachhaltigen Friedens garantiert, arbeiten wir auf ein Nationales Abkommen hin, das zu einer Konstituente für Frieden, Demokratie und soziale Gerechtigkeit führen soll. Wir werden die minimalen Anforderungen an dieses Nationale Abkommen in Bezug auf die humanitäre Krise und die Vertreibungen, den Aufbau von Demokratie und alternativer Regierungen, Bodenschätze, Souveränität und Entwicklung, Agrarreform, ländliche Entwicklung und Ernährungssicherheit, Umbildung der Armee, Verankerung des Friedens, etc. ausarbeiten.
- Als Teil unseres Aufrufes zur Mobilisierung werden wir bei den Wahlen von 2007 eine Volksbefragung zum Waffenstillstand, zur Respektierung der Zivilbevölkerung, der Demokratie und den Friedensgesprächen durchführen.

Die 5. Plenarversammlung der Zivilgesellschaft für den Frieden rief das ganze Land auf, aus dem Frieden ein nationales Ziel zu machen und lud alle FreundInnen des Friedens ein, sich in ständiger Bereitschaft für den Frieden in Kolumbien zu halten.

• **Nach dem Autobombenanschlag vom 19. Oktober: Weitere vier Jahre Krieg?**

Den Dialog und die Diplomatie gegen mehr Panzer, mehr Kugeln und mehr Gewalt und Zerstörung einzutauschen, ist politisch absurd.

Von Alvaro Corzo, Politologe und Journalist beim Espectador

Weniger als 24 Stunden nach dem Attentat im Zentrum der Geheimdienstzentrale der Streitkräfte in Bogotá gab Präsident Uribe am 20. Oktober in einer heftigen Rede der Öffentlichkeit die vermeintliche Täterschaft der FARC bekannt und zerschlug damit alle Fortschritte bei den Annäherungen zur Erreichung eines humanitären Austausches. Die Vehemenz des Präsidenten hinterliess in der Öffentlichkeit einen schalen Geschmack, ebenso die Anschuldigung gegenüber der FARC mit nur wenigen Hinweisen und allein aufgrund eines Telefongesprächs, das als Beweis hinhalten musste. Gleichzeitig sprach Uribe in der gleichen Rede die Militärs frei, welche inszenierter Anschläge beschuldigt worden waren. Stehen wir vor einem weiteren inszenierten Anschlag? Warum beschuldigt der Präsident vorzeitig und allein aufgrund von Hinweisen die FARC des Attentats auf die Militärakademie, während die inszenierten Anschläge nicht gründlich untersucht werden und über sie ein Mantel des Zweifels gehängt wird? Hatte nicht der Präsident ebenfalls sofort nach diesen Attentaten, die sich als von der Armee selber inszeniert herausgestellt haben, die FARC als Täter beschuldigt?

Ob die FARC für den abscheulichen Autobombenanschlag verantwortlich ist oder nicht, was politisch besorgt, ist die 180 Grad-Wendung der Regierung bezüglich des humanitären Austausches und in Bezug auf die demokratische Sicherheit. Mehr als je zuvor schienen sich diesmal die Illusionen von Tausenden von Familienangehörigen von Entführten zu erfüllen, doch die Kehrtwendung des Präsidenten zerschlug diese Illusionen abrupt. Nachdem der öffentlichen Meinung der humanitäre Austausch als der Beginn eines ernsthaften Friedensprozesses mit der FARC dargestellt worden war, und selbst mit einem überspitzten Optimismus den Medien eine Verfassunggebende Versammlung als Epilog vorgeschlagen worden war, stellte Uribe kurzfristig jegliche Möglichkeit eines Austausches und eines Dialogs ein. Der Friedenswille sei mit Schwäche verwechselt worden, meinte die Regierung. Hunderte von Entführten wurden zu weiteren vier Jahren Angst verurteilt und dies aufgrund eines Attentats, von dem niemand weiss, wer es verübte, meinte das Volk. Unumstösslich ist, dass eine Autobombe von geringer Zerstörungskraft aber hohem symbolischen Wert genügte, dass der Präsident die aufwendigen Anstrengungen vieler Beamten, Familienangehörigen, Politiker und befreundeter Länder für einen humanitären Austausch mit einem Schlag zunichte machte. Warum geschah nicht das Gleiche mit dem Prozess der Paramilitärs, nachdem die schwerwiegenden Berich-

te über Morde und Verschwindenlassen bekannt geworden waren, die von Ralito aus angeordnet wurden? Die Haltung des Präsidenten ist unverständlich. Während die Paramilitärs das Zuckerbrot des Präsidenten geniessen, bekommt die FARC die Peitsche und die Entführten scheinen zu Blut und Feuer verurteilt zu sein.

Der Befehl zur militärischen Befreiung Hunderter von Entführten, die im ganzen Land in Gefangenschaft gehalten werden, bedeutet einen historischen Rückschritt sowohl in der Friedenspolitik wie auch bei den Annäherungen der Parteien in Bezug auf die minimalen Bedingungen zur Aufnahme eines definitiven Friedensprozesses. Wenn auch die Verantwortung für die Entführungen und die terroristischen Akte bei den Guerillagruppen liegt, so fällt die verfassungsmässige Verantwortung ihrer Befreiung allein auf den Präsidenten, niemanden sonst. Die zahlreichen militärischen Fehlschläge, so jener in Urrao, als der Gouverneur des Dep. Antioquia und sein Friedensberater befreit werden sollten, lassen an der tatsächlichen Fähigkeit der Armee zweifeln, alle auf das ganze Land verteilten Entführten zu befreien. Wenn nicht einmal punktuelle Befreiungsaktionen gelungen sind, wo man die genauen Koordinaten der Entführten kannte, was ist dann von Befreiungsoperationen in einem Gebiet von 300'000 km² Urwaldgebiet zu erwarten?

Die Militarisierung der Friedenspolitik ist ein abgrundtiefer Rückschritt, welcher der Präsident mit seiner wutentbrannten Rede auslöste. In einem Moment, wo Ruhe und Vorsicht des weisen Herrschers und nicht die Vehemenz des Caudillo walten sollte, wurde alles umgedreht. Die Einstellung der Vermittlung und der guten Dienste der internationalen Gemeinschaft zur Beilegung des internen bewaffneten Konfliktes ist schädlich für die Zukunft des Landes und die dringende Notwendigkeit einer Annäherung der Konfliktparteien. Den Dialog und die Diplomatie gegen mehr Panzer, mehr Kugeln, mehr Gewalt und Zerstörung einzutauschen, ist politisch absurd.

Es scheint unglaublich, dass es Soldaten und Polizisten gibt, die seit mehr als neun Jahren im Urwald gefangen gehalten werden, vier Jahre davon unter der Regierung von Uribe, ohne dass der Staat sich mit solcher Vehemenz und Kraft, wie sie in der Rede des Präsidenten sichtbar wurde, für ihre Rückkehr ins Leben eingesetzt hätte. Es ist Zeit zu verstehen, dass die einzige Lösung des Konfliktes innerhalb des Konfliktes liegt. Wir können die politische Arbeit der Konzertation und des Dialogs nicht einstellen, dies wäre ein schwerwiegender Fehler. Ebenso muss verstanden werden, dass der Dialog und die militärische Aktion sich nachhaltig ausdrücken müssen, um den Frieden zu erreichen. Etwas anderes scheint die Regierung zu verstehen: Sie hat soeben eine neue Kriegssteuer angeordnet, mit der sie 8,5 Billionen Pesos für den Krieg eintreiben will. Eine weitere Steuer? Reicht es nicht mit den unzähligen Irregularitäten, die diesbezüglich angeklagt wurden? Reicht es nicht mit dem Plan Colombia? Funktionierte der Plan Patriota nicht? Diese und viele weitere Zweifel bezüglich der Fähigkeit des Präsidenten und seiner demokratischen Sicherheitspolitik zur Beendigung des bewaffneten Konfliktes tauchen auf. Müssen wir weitere vier Jahre warten?

- **„Mässigung“ in der Sprache und politische Transformationen: Uribe und die FARC**

Im folgenden Artikel wird eine Analyse der jüngsten Erklärungen der Regierung und der FARC gemacht. Für Ingrid Bolivar ist die Rede von Präsident Uribe nach dem Anschlag in der Militärakademie ein Beweis dafür, wie in Kolumbien Politik mit emotionalen Repertoires gemacht wird, welche „jeglichem Streben nach Demokratie völlig zuwiderlaufen“.

Von Ingrid Johanna Bolivar, Assistenzprofessorin der Universität Los Andes, Mitglied der Forschungsgruppe zur Politischen Gewalt des CINEP

Die vermeintlichen Annäherungen zwischen der Regierung von Präsident Uribe und der FARC-Guerilla endeten abrupt mit dem Vorfall der Autobombe, welche am 19. Oktober 06 auf dem Gelände einer Militärschule in Bogotá explodierte und für welches die Armee die Guerilla verantwortlich macht. Ich sage bewusst *vermeintliche* Annäherungen, denn eine Überprüfung der Erklärungen beider Seiten zeigt, dass das Ziel der Treffen und selbst deren Zweckmässigkeit unklar waren. So meinte z.B. Uribe am 7. August 06 in seiner Antrittsrede zur 2. Amtszeit: „Nicht die Angst vor der Verhandlung des Friedens bremst uns. Ich gestehe, dass mich etwas anderes besorgt: das Risiko, nicht zum Frieden zu gelangen und an Sicherheit einzubüssen. Der Friede braucht Aufrichtigkeit.“

Und kürzlich, inmitten der Diskussion, wer dazu autorisiert ist, Annäherungen zur FARC zu suchen und über die Bedeutung eines Humanitären Abkommens, um die Freilassung der Entführten durch die FARC zu ermöglichen, erklärte der Präsident bei mehr als einer Gelegenheit, dass die „FARC Terroristen sind“. Diese wiederholte Anschuldigung wurde von Vizepräsident Santos bei verschiedenen öffentlichen Anlässen wiederholt. (El Tiempo.com, 7./9. Okt. 06) Zu diesen Erklärungen kam auch ein gewisses Durcheinander über die Rolle der Facilitatoren der Annäherungen zwischen FARC und Regierung.

Es wurde selbst davon gesprochen, dass Uribe die Facilitatoren hätte stehen lassen und konfuse Signale über das Vorgehen bei den Annäherungen gegeben hätte. (El Tiempo.com, 7. Okt. 06) In diesem unklaren Panorama erliessen die FARC eine Mitteilung, in der sie am 9. Okt. 06 von der Regierung verlangten, zu klären, ob sie „mit einer gegen den Staat kämpfenden bewaffneten Organisation oder mit Terroristen“ verhandle. Weiter wies die FARC die Kritik jener zurück, die damit argumentierten, dass eine neue demilitarisierte Zone die Guerilla stärken würde. In der Erklärung der FARC, welche auf ihrer website veröffentlicht wurde, heisst es: „Diese Personen (welche die Möglichkeit eines Abkommens kritisieren) möchten wir daran erinnern, dass wir in den letzten 42 Jahren unaufhörlich gewachsen sind, mit oder ohne demilitarisierte Zonen.“

Einen Monat zuvor hatte der FARC-Kommandant Raul Reyes der Zeitschrift Cromos ein Interview gewährt. Als er gefragt wurde, was er zu den „Ängsten“ von Uribe gegenüber dem Frieden meinte, sagte Reyes: „Darin ist er realistisch. Schlecht ist aber, dass er KolumbianerInnen und der internationalen Gemeinschaft sagt, dass es diskrete Gespräche gibt. Dies stimmt nicht...“ Vorher hatte Reyes im gleichen Interview über einige Erklärungen geklagt, die er gehört hatte und nach denen sich Annäherungen zwischen den Parteien ergeben hätten. Für Reyes waren dies falsche Gerüchte, die nicht zugunsten des Prozesses in Gang gesetzt wurden, sondern zugunsten der Politiqueros und die glauben machen sollen, dass ein Klima für den Prozess bestehe, ohne dass dies dazu dient, ein Abkommen zu erreichen. Mit wem sprechen sie, wenn sie es mit uns nicht tun und wir die Gegenseite sind?“ (Revista Cromos, 7. Sept. 06)

Ich habe sorgfältig einige der Erklärungen der beiden Seiten erwähnt, da der präsidiale Diskurs in der von der Autobombe angegriffenen Militärschule und die jüngsten Äusserungen des Präsidenten systematisch dieses Auf und Ab ignorierten. In seinen Erklärungen stellt der Präsident sich selber und die Regierung als von der Guerilla hinters Licht geführte und verratene Akteure vor, wobei die Guerilla die moderate Sprache des Präsidenten missbraucht habe. Uribe erklärte, er habe „eine gemässigte Sprache“ gewählt, um seinen Friedenswillen auszudrücken. Er beklagte sich jedoch, dass diese Sprache die Bürger verwirrt, die Armee desorientiert und „was noch schlimmer ist, ich sehe, dass diese gemässigte Sprache die Terroristen nicht zum Frieden bringt, sondern nur deren terroristische Ambitionen vergrössert und erleichtert, dass die Terroristen als Personen der Politik posieren“. (El Tiempo.com, 20. Okt. 06)

In seiner Rede nach dem Anschlag in der Militärschule betonte Uribe wiederholt, dass die „terroristischen Fanatiker gute Schüler der Perversität“ sind und die Grossherzigkeit der Regierung als „Schwäche“ interpretieren. Tage später sagte er in einem seiner Gemeinschaftsräte in der Stadt Cúcuta, dass „diese Banditen lernen müssten, aufrichtig zu sein. Denn sie sind Mörder und Lügner und schauen einem nicht ins Gesicht. Und sie sind Fanatiker und Feiglinge. Sie haben keine Seele. Darum zeigen sie sie nicht, weil sie es gar nicht können“. (El Tiempo.com, 21. Okt. 06) In den Worten und Ausdrücken von Uribe klingt ein intensiver emotionaler Charakter. Vor dem Vorfall der Autobombe hatte er, nach seiner Meinung, eine gemässigte Sprache gesprochen: Er hatte nur von der FARC als Terroristen gesprochen. Jetzt, wo er sich Rechenschaft darüber gab, dass diese moderate Sprache die öffentliche Meinung, die Armee und die Terroristen selber verwirrt, spricht der Präsident nicht mehr gemässigt. Doch seine Erklärungen machen klar, dass er selber keine „Mässigung“ kennt, jedoch die emotionale Darstellung des anderen als Mörder, Perversen, Unaufrichtigen. Oder wie er selber sagt, als Seelenloser.

Klar können viele Personen denken und fühlen, dass jene, die Gewalt anwenden Seelenlose sind. Doch etwas ganz anderes ist es, wenn ein Präsident solche Erklärungen abgibt und dies als Grundzug oder allgemeine Erklärung des Verhaltens einer von ihm abgelehnten Gruppe formuliert. Hier geht es nicht nur um den politischen Stil Uribes und seiner Ablehnung gegenüber der FARC. Das Wichtigste an den Erklärungen des Präsidenten ist, dass sie aufzeigen, bis zu welchem Punkt in Kolumbien die Politik aufgrund emotionaler

Empfindungen und dem Ausdruck von Affekten gemacht wird, welche von vorneherein jeglichem Streben nach Demokratie entgegenlaufen. Ich erkläre: Uribe kann recht haben, wenn er sagt, die moderate Sprache verwirre die öffentliche Meinung, die Armee und selbst jene, die er Terroristen nennt. Er kann damit Recht haben, denn um die moderate Sprache zu verstehen, ihren politischen Sinn zu begreifen und auf moderate Weise zu handeln, dazu braucht es eine emotionale und affektive Kontrolle, die weder natürlich gegeben noch demokratisch verteilt ist. Es braucht dazu eine emotionale und affektive Beherrschung, die sich nicht zwischen Polaritäten bewegt: Frontaler Kampf oder Komplizenschaft, Grosszügigkeit oder Härte, Sieg oder Niederlage.

Moderat zu handeln ist nicht so sehr ein Charakterzug, als vielmehr das Resultat eines emotionalen Lernprozesses, der von der Art der sozialen Beziehungen verlangt wird. Ein Engländer ist nicht von Natur aus moderater oder weniger hetzerisch als eine lateinamerikanische Führungsperson. Aber die Struktur der gegenseitigen Abhängigkeit innerhalb der englischen Gesellschaft hat von diesen Führungsleuten verlangt, andere emotionale Fähigkeiten und andere Formen der Beziehung zu den anderen Mitgliedern der Gesellschaft zu entwickeln, Formen, die nicht nur zwei Seiten haben: Töten oder getötet werden.

Die Mässigung, welche Uribe während vier Monaten aushielt und seine Ängste, die Sicherheit dem Frieden zu opfern, sprechen genau von der Art von emotionalen Forderungen an die politische Aktivität. In seiner Studie über *Die Deutschen* analysiert Norbert Elias die emotionalen Forderungen beim Aufbau der Weimarer-Republik und die tiefe Ablehnung, ja den Ekel, welche die Gemässigten auslösten, die nur mit Worten kämpften, als breite soziale Gruppen sich in verbalen und physischen Aggressionen ergingen.

Uribe erinnert uns daran, dass die politische Aktivität als solche höchste emotionale Anforderungen stellt und die Mässigung für jene ein sehr hoher Preis ist, welche Helden sein wollen.

- **Während es im Putumayo regnet...**

Während es im Putumayo regnet und dieser lange und halbherzige nationale Winter anhält, gibt es in diesem südlichen Departement viele Menschen, die sich Tag für Tag in stiller Weise dafür einsetzen und daran arbeiten, dem Wort „Entwicklung“ einen neuen Sinn zu geben.

Von Efrén Piña Rivera, Forscher am CINEP, Projekt Putumayo

Es regnet viel in Kolumbien. Es ist dieser Regen der blinden Arroganz, so wie alle Arroganz blind ist: jene der Regierung, der Guerilla, der Paramilitärs. Und dieser Regen verwandelt das ganze Land in Schlamm. Es ist ein wirklicher Dreck dank so vieler und so infamer Bürger: Jene, der Autobomben und weiterer selbstinszenierter Attentate; jene, welche Steuerreformen aushandeln während immer mehr vertriebene Familien in die Städte kommen um nachher aus ihren verwunschenen Notunterkünften vertrieben zu werden; jene, die sich die Hände waschen, wenn es darum geht, für das Leben und die Sicherheit der Entführten Verantwortung zu übernehmen.

Und im Putumayo hellt es nicht auf. Die staubigen Wege werden durch diesen traurigen und anhaltenden Regen zu Schlammrinnen. In Wirklichkeit hört es schon seit einigen Jahren nie zu regnen auf und das Gewitter dröhnt mit der Stimme von Präsident Uribe, der in seinem *Gemeinschaftsrat* in Puerto Asis die Bauern zum Schweigen verdammt und ihnen das Recht absprach, ihre Vorschläge zu einem angepassten Ausweg gegenüber der gewaltsamen Ausrottung der Kokapflanzungen zu präsentieren. Sie haben keinen Platz in diesem lächerlichen *Gemeinschaftsstaat*.

Auch die Anstrengungen des *Permanentes Tisches der sozialen und Bauernorganisationen* des gesamten Departements und insbesondere des Bajo Putumayo, welche seit einigen Monaten Vorschläge für eine wirkliche Entwicklung ausarbeiten, keine sog. alternative Entwicklung, sondern eine Entwicklung, die in Übereinstimmung steht mit den Möglichkeiten und Bedürfnissen sowohl der Kokapflanzer wie auch der übrigen Bauern – alle diese Anstrengungen haben für den Präsidenten keinerlei Wert. Der Gewittersturzregen macht taub. Der Putumayo findet kein Gehör. Die Kokaussrottung ohne kohärenten Vorschlag wird weiter gehen, die Pestizidbesprühungen und die Gefühllosigkeit werden anhalten wie auch der Regen anhält.

In den Orten des Bajo Putumayo beobachtet man zwischen den verschwommenen Wolken die Rückkehr der Drogenhändlermafia aus dem Dep. Valle del Cauca. Die Herren der Drogen flanieren ruhig durch die Strassen, bewacht von so vielen „Demobilisierten“, grüssen auf alle Seiten und setzen die Preise für den Kauf der Kokapaste fest. Hier gibt es keine Möglichkeiten für das Honigschlecken des freien Marktes.

Und dann sind da auch die Bürgermeister, welche Abkommen mit den Vertretern von ADAM (Alternative municipale Entwicklung) und mit den Mitteln der US-Regierung hinter dem Rücken und unter Ausschluss der Bevölkerung unterzeichnen. Hier gibt es weder Mitbestimmung noch Zukunft. Die (pseudo-) begünstigten Familien werden verkannt und zurechtgetrimmt. Einige werden auf der Koka beharren, als Form des Widerstandes und des Überlebens. Andere werden ohnmächtig inmitten ihrer Pflanzungen die Pestizidbesprühungen über sich ergehen lassen und ihren Miteinbezug in den flüchtigen „Segen“ des Geldes erhoffen.

Alle geben mit leiser Stimme das Scheitern der Projekte der Monokulturen und das Fiasko von so vieler Hilfe, welche nur Vertriebene und Hungernde hinterlässt, zu. Die Bürgermeister des Bajo Putumayo wissen dies, auch die US-AID weiss es, und auch die Funktionäre und Berater wissen dies. Doch hier profitieren nur sie vom „Fortschritt“, von der „Zivilisation“. Unterdessen sind Murmeln und Schreie zu hören: Die Ankündigung, dass die Kokaanbaufläche in den letzten Monaten zugenommen hat, wie auch die Kritik gegenüber so viel Misstrauen gegen die „alternative Entwicklung“, gegen die Familien zum Schutz des Waldes (A.d.Ü. *familias guardabosques* ist ein Regierungsprogramm im Kampf gegen den Kokaanbau und zur Aufstandsbekämpfung), gegen so viel „soziale Aktion“ von Regierung und Nichtregierungsorganisationen.

Der Regen ist Zeuge und Teil des Schweigens, welches von den Massengräbern in San Miguel ausgeht. Erst kürzlich wurde ihr Auffinden von den Nachrichtensendern des Landes als schreckliches Schauspiel inszeniert. Sie lösten eine leichte Erschütterung aus – nichts mehr. Dann wurden sie erneut von der nationalen Gefühllosigkeit zugedeckt, die fester ist als die Erde, welche die Gräber während mehr als acht respektive vier Jahren zugedeckt gehalten hatte. Wiederum sind die betroffenen Menschen sich selbst überlassen, welche sich schüchtern den Untersuchungsbeamten der Kriminalpolizei genähert hatten im Versuch, ihre Kinder oder ihre Geschwister aufzufinden, oder wenigsten einen Schuh oder irgendein Überbleibsel, das von ihnen zeugt, fast dankbar gegenüber dieser „humanitären Geste“ jenes Paramilitärs, welcher nicht aus Reue, sondern im Hinblick auf Vergünstigungen sich zum Reden entschied, wohl wissend, dass seine Enthüllungen unbeachtet bleiben werden in einem Land, in dem wir die Fähigkeit zur Verwunderung, zur Wahrheit und zur Gerechtigkeit verloren haben.

Der Putumayo bleibt weiterhin inmitten der Sintflut und nur wenige nehmen wahr, dass die Jugendlichen der Schulen von Puerto Asis weiterhin zum Verschwinden gebracht werden. Dies unter den traurigen Blicken ihrer MitschülerInnen, die anklagend durch die Strassen ziehen ohne von jemandem gehört zu werden. Ebenso wenig kümmert es jemanden, dass täglich drei bis vier Personen in La Hormiga ermordet werden aus Gründen, die alle kennen aber niemand auszusprechen wagt.

Die Angst inmitten des Hurrikans hält an. Die FARC beharrt auf ihrer Forderung zur Demilitarisierung des gesamten Departements Putumayo als Bedingung für die Aufnahme von Friedensgesprächen. Viele atmen tief durch und schlucken leer bei so viel Bereitschaft zum Frieden. Oder sie resignierten mit Blick auf die Grenze, wo sie die andauernde hinterlistige Ermordung von ekuadorianischen Bauern und Schiffsführern des Flusses San Miguel verfolgen, die von der kolumbianischen Armee als getötete Guerilleros ausgegeben werden. Die häufigen Toten in El Alfíador oder in Teteyé werden weiterhin in die Tümpel geworfen werden.

Doch die BewohnerInnen des Putumayo sind so gross wie ihre Landschaft. Und während es regnet, strengen sie sich an, ihre Würde aufrecht zu halten. Inmitten des Gewitters erzählt sich eine Handvoll Jugendlicher Geschichten über ihr Dorf, über den Fussball. Andere unterhalten Zeitschriften mit Poesie oder erfinden Tänze, welche die Mythen und Legenden des Amazonas – ihres Zuhause - aufleben lassen. Sie zeigen in Videos die Schönheit ihrer Umgebung und suchen das Beste ihrer Migrationsvergangenheit und erzählen es in Geschichten.

Und während es regnet, treffen sich Gruppen von Bauern, Betagten, Jugendlichen, Indigenen und Siedlern Monat für Monat um zu debattieren und mit ihren Händen und ihren Wünschen, aus ihrer Erde und auch aus

ihrem Regenwasser einen „neuen Menschen“ zu schaffen, welche die Vielfältigkeit und den Reichtum des Amazonas lieben und verteidigen. Woche für Woche nehmen lächelnde Frauen und Männer ihre Schaufeln hervor, um die mit Massengräbern verseuchte Erde zu bearbeiten, Früchte, Blumen und tropisches Gemüse anzubauen und zu lernen, dass eine andere Welt möglich ist, eine Welt ohne Motorsägen, ohne Monokulturen und ohne Pestizide, ohne Plan Colombia, ohne TLC (Freihandelsabkommen mit den USA) und ohne staatliche Korruption.

Während im Rest des Landes über die Probleme des Putumayo spekuliert und entschieden wird, wird über die Menschen des Putumayo verächtlich geredet, als ob es sich um Sachen handeln würde, die aus der Ferne gesteuert werden müssten und zum Abgrund verurteilt sind. Doch in San Miguel z.B. versammeln sich weiterhin die Lehrpersonen mit den Indigenas, den Musikern und StudentInnen, um einen ländlichen Entwicklungsplan für die nächsten zehn Jahre auszudenken, der mit ihren Träumen übereinstimmt. Unter Regenschirmen fragen sie sich, wie eine Universität für die Vielfalt aussehen müsste, welche auf den Bedingungen des Amazonas aufbaut und diese hervorhebt. Und diese Menschen gehen auch zum Fluss San Miguel und teilen dort ihre Ideen mit den ecuadorianischen Nachbarn, welche ebenfalls den Regenwald lieben, sich heute aber aus Angst nicht getrauen, diese sinnlosen, künstlichen Grenzen zu überschreiten.

Während es im Putumayo regnet und dieser lange und halbherzige nationale Winter anhält, gibt es in diesem südlichen Departement viele Menschen, die sich Tag für Tag in stiller Weise dafür einsetzen und daran arbeiten, dem Wort „Entwicklung“ einen neuen Sinn zu geben. So dass das Wort „Entwicklung“ nicht mehr ein Synonym für Tod, Beherrschung, Abholzung und Zerstörung, Pestizidbesprühung und präsidiales Geschrei ist. Damit einmal Entwicklung im Dienste des Lebens steht und der Putumayo *kaugsay suyu yuyal*, ein Ort des Lebens und des Denkens ist, wie es in der Sprache der Ingas aus dem Valle de Sibundoy heisst.

2. Soziale Bewegungen: Ein Land im Dunkeln - Blick hinter die vermeintlichen Fortschritte der Sicherheit von GewerkschaftlerInnen

Von Alvaro Delgado, Forscher am CINEP

Am 17. Oktober machte das Büro des Präsidenten Uribe im Beisein von internationalen Arbeits- und Menschenrechtsorganisationen den Gewerkschaftszentralen ihre formelle Verpflichtung zur Umsetzung eines Aktionsplans gegen die Straflosigkeit der staatlichen Verbrechen und der Verbrechen der illegalen bewaffneten Gruppen gegen die gewerkschaftlich organisierten ArbeiterInnen bekannt. Aufgrund dieser Verpflichtung bildet die Staatsanwaltschaft eine Sondereinheit zur Untersuchung dieser Verbrechen und Uribe sprach dafür finanzielle Mittel. Am Tag darauf fand eine Tripartita-Versammlung statt, an der Regierung, Unternehmerverbände und Gewerkschaften vertreten waren. An dem Treffen nahmen auch Vertreter der ILO teil und es wurde eine ständige ILO-Vertretung in Kolumbien vereinbart. Geklärt wurden auch Dauer und logistische Aspekte des Büros und das professionelle und politische Profil der Repräsentation.

Beides war Resultat der Debatten, die seit mehr als zehn Jahren in der ILO und den vier Gewerkschaftszentralen Kolumbiens wie auch den internationalen Gewerkschaftszentralen – insbesondere auch den us-amerikanischen – geführt werden. Diese Debatten hatten zum Ziel, die kolumbianische Regierung zur Erfüllung ihrer verfassungsmässigen und internationalen Verpflichtungen in Bezug auf die Garantien und den Schutz der Arbeits- und Menschenrechte der Arbeitenden zu zwingen.

Seit den 90er Jahren ist Kolumbien weltweit als das gefährlichste Land für GewerkschaftlerInnen bekannt. Doch es wäre falsch zu glauben, dass Präsident Alvaro Uribe, der sein Amt mit der ausdrücklichen Unterstützung von mächtigen Gruppen erlangte, welche Verbrechen gegen die Gewerkschaften begangen haben und der seine zweite Amtszeit auf der Zerstörung der Gewerkschaften während seiner ersten Amtszeit aufbaute, plötzlich vom Engel der Reue besucht worden wäre. Dies umso mehr, wenn man bedenkt, dass unmittelbar am Tag nach der Bekanntgabe dieser Verpflichtung das schwerwiegende Attentat der Guerilla gegen die am meisten verschanzten und traditionellsten Militärinstallationen in der Hauptstadt Bogotá stattfand und Uribe aus diesem Anlass seinen Kurs um 180 Grad drehte und seinen ursprünglichen Entschluss wieder aufnahm, jegliche Annäherung an die FARC auszuschliessen und ihr nur mit den Waffen zu begegnen, ja selbst Hunderte von entführten Zivilisten gewaltsam zu befreien.

Der Präsident handelte aus anderen Gründen. Er hat ein Freihandelsabkommen TLC mit den USA, das nicht mit der nötigen Schnelle vorankommt, da die multinationalen Unternehmen der USA Druck auf Kolumbien ausüben, die wankenden Vorteile abzutreten. Zu den Forderungen dieser machtvollen Partner gehört, dass Kolumbien die Arbeitsgesetze und die internationalen Abkommen einhält, um so den Protest der us-amerikanischen Gewerkschaften zum Schweigen zu bringen, welche die Rechte der US-Arbeiter verteidigen und ungleiche Wettbewerbsbedingungen verhindern wollen. Die US-Unternehmer wollen sich der Anschuldigung ihrer Gewerkschaften entziehen, welche sie anklagen, mit mordenden Regierungen und Unternehmern Geschäfte zu machen. Darum machte der kolumbianische Präsident diesen Kniefall und sagte öffentlich: Wir werden diese Situation der Straflosigkeit beenden; wir werden jene untersuchen und bestrafen, welche die GewerkschaftlerInnen ermorden, um nicht weiter die Vorhaltungen der ILO, der US-Gewerkschaften, der New York Times, der NGO's und selbst des Teufels über uns ergehen lassen zu müssen.

Doch das Umfeld, damit tatsächlich diese Verpflichtung von Uribe voran kommen könnte, steht gegen die Arbeitenden. Die Gewalt gegen die Arbeitenden nimmt erneut zu, insbesondere an der Atlantikküste, wo die Drogenhändlerorganisationen und die Paramilitärs die politische Vorherrschaft in sieben Departementen haben. Einige der dortigen Gouverneure, Bürgermeister und selbst Staatsanwälte stehen unter der Gewalt dieser Kräfte. Diese Kräfte haben auch die indigenen Gemeinschaften der Sierra Nevada von Santa Marta eingekesselt, dieses wichtigsten ökologischen Schutzgebietes im Norden des Landes, wo der Drogenhandel selbst mit der Kollaboration der Guerilla blüht, welche in der Hauptstadt Anschläge gegen die Armee verübt.

Ein Beispiel, das die Verschlechterung der Situation aufzeigt: Das Departement Atlantico, vierwichtigster Ort der industriellen Produktion und während der ganzen Geschichte seit der spanischen Invasion Korridor des Kapitalismus, blieb während der ersten zehn bis fünfzehn Jahre des Beginns des „schmutzigen Krieges“ gegen die Linkskräfte seit Beginn der 80er Jahre am Rande dieser politischen Gewalt. Jetzt, wo der Narco-paramilitarismus voll in Barranquilla, der Hauptstadt des Dep. Atlantico, Einzug gehalten hat und die Stadt zum Zentrum für Geldwäsche und das Organisierte Verbrechen wurde, hat die gewalttätige Rechte ihre Landkarte der Beherrschung vervollständigt. Die Gewalt gegen die Arbeitenden, welche das Studienzentrum ENS im ganzen Land aufzeichnet, zeigt, dass vom 1. Januar 2006 bis am 20. April 2006 insgesamt 29 GewerkschaftlerInnen ermordet und zwei weitere zum Verschwinden gebracht wurden. Diese Zahl ist bereits fast die Hälfte der insgesamt im Jahr 2005 verübten Verbrechen gegen GewerkschaftlerInnen. Alle diese Verbrechen im Jahr 2006 wurden vom Paramilitarismus der Atlantikküste verübt. In dieser Region übergab der staatliche Geheimdienst DAS den paramilitärischen Chefs Listen von DemokratInnen und GewerkschaftsaktivistInnen, die zu eliminieren sind. Der Vizepräsident meinte, dass es sich „nur“ um 14 Morde handle, und Präsident Uribe verkleinerte die Zahl noch ein wenig und sprach von „bloss“ zwölf. „Die Gründe für eine derartige Differenz liegen darin, dass die Regierung die Zahlen frisirt“, meinte der Direktor des ENS, einem unabhängigen Studienzentrum sozialdemokratischer Ausrichtung. Die Einheitsgewerkschaft CUT im Dep. Atlantico sprach ihrerseits Mitte Juni 06 davon, dass im Laufe dieses Jahres bereits 78 GewerkschaftlerInnen ermordet worden sind, 15 sahen sich gezwungen, ins Exil zu gehen und 35 wurden zu Vertriebenen und mussten in andere Regionen umsiedeln. Die GesundheitsarbeiterInnen bilden die Hälfte der von der Gewalt betroffenen GewerkschaftlerInnen. Die Mehrheit der Betroffenen hatte keinerlei polizeilichen Schutz und auch die wiederholten Klagen bei den Behörden hatten keinerlei Antwort zur Folge.

Die US-Regierung hat mit wichtigen finanziellen Zuschüssen zur Verbesserung der Sicherheitsmassnahmen einer Gruppe von wichtigen Gewerkschaftsführern beigetragen. Die Regierung Uribe sagt 25 Mio. US\$ allein im Jahr 2005 für den gleichen Zweck aufgewendet zu haben. Doch dies ist nicht der Kern der Sache. Die Lösung liegt nicht darin, die Fenster und Türen einiger Gewerkschaftsbüros zu panzern und kugelsichere Fahrzeuge und mit Pistolen bewaffnete Leibwächter den Gewerkschaftsführern zur Seite zu stellen. Die wirkliche Lösung läge darin, dass die Regierungen – welche immer auch an der Macht ist – dieser Verfolgung und diesen Verbrechen gegen die sozialen Führungsleute ein endgültiges Ende setzten. Doch dies kann die Regierung Uribes nicht machen, die selber ganz und gar in eine abscheuliche Korruption dieses ganzen unter der Gewalt von Paramilitärs und Narcos stehenden Netzwerkes verstrickt ist.

Am 12. Oktober 06 hat eine Gruppe von in Bern (Schweiz) versammelten Gewerkschaftsorganisationen an Präsident Uribe eine Klage gerichtet, weil der staatliche Sicherheitsdienst DAS Francisco Ramirez, dem

Präsidenten der Bergbaugewerkschaft MINERCOL „Teile des Schutzsystems entzogen hat, das ihm aufgrund der von der Interamerikanischen Menschenrechtskommission verfügbaren Schutzmassnahmen zur Verfügung gestellt worden war“. In der Klage heisst es weiter: „Ramirez hat sich für die Verteidigung der Bodenschätze Kolumbiens eingesetzt und die Anstrengungen der afrokolumbianischen, indigenen und bäuerlichen Gemeinschaften unterstützt, die von Bergbauprojekten bedroht sind. Er hat eine staatliche Bergbaupolitik verteidigt, die im Gegensatz zur neuen Bergbaupolitik steht, welche gegen die Interessen der Nation gerichtet ist. Diese neue Politik wurde im neuen Bergbaugesetz verankert, welche unter der aktiven Mitbestimmung von Beratern von Bergbauunternehmen wie Holcim und Cemex ausgearbeitet wurde. Die Bergbaugewerkschaft SINTRAMINERCOL hat demgegenüber die staatliche Bergbaugesellschaft MINERCOL verteidigt, welche sich jetzt in einem Liquidierungsprozess befindet.“

Im Brief wird auch darauf hingewiesen, dass Ramirez im vergangenen Mai am Streik teilnahm, welcher in der multinationalen Bergbaufirma Drummond ausbrach, in einem Gebiet der Atlantikküste, welches von den Paramilitärs kontrolliert wird. Ramirez konnte u.a. bewirken, dass eine Klage gegen diesen US-Multi gemacht wurde und erreichte auch, dass die dänische Regierung den Stopp des Kohleimports aus Minen verfügte, welche von Drummond betrieben werden, bis die Morde an drei Gewerkschaftern von Sintramienergetica in Kolumbien aufgeklärt sind. Nach Abbruch des Streiks verschärften sich die Drohungen gegen die Bergbaugewerkschaften, gegen Ramirez und gegen die Gewerkschaftsbüros. Die Wohnung von Ramirez wurde überwacht. Später wurden seinen Leibwächtern die Funkgeräte entzogen. Zudem hatten die Leibwächter nie die von der Interamerikanischen Menschenrechtsorganisation angeordneten automatischen Waffen erhalten. Schlussendlich wurde Ramirez am 5. Oktober 2006 „das gepanzerte Fahrzeug entzogen, womit er zu einem leichten Ziel für jedwelches Attentat wurde“.

Alle diese Details und viele weitere mehr, welche wir aufgrund des Umfangs weglassen, sind kein Pappentitel. Vor wenigen Monaten wurde das Land Zeuge, wie eine soziale Führungsperson, welche in einer dieser tumultösen Veranstaltungen des Präsidenten das Wort ergriffen hatte, um diesen über die erhaltenen Todesdrohungen zu informieren und um Schutz zu bitten, wenig später ermordet wurde. Soll mit dem Bergbaugewerkschafter das gleiche passieren?

Gastkolumnist: Indigener Rock am Rock-Festival in Bogotá

Von Pedro Páramo

Erstaunt sahen mehr als 70'000 BesucherInnen des 12. Rockfestivals im Park Simón Bolívar in Bogotá am 16. Oktober 06 die Eröffnung des Festivals durch eine indigene Gruppe. Zuerst interpretierte eine Gruppe von Kankuamos – Vertriebene aus der Sierra Nevada von Santa Marta – kurz einen „Chicote“ und eine „Gaita“ auf ihren Flöten. Dann ergriffen ein Maya-Ältester aus Guatemala und ein Arhuaco aus der Sierra Nevada das Wort. Danach folgte die Gruppe *kakari* der Kichwas-Indigenas – in der auch der jetzige indigene Gouverneur Nelson Tuntaquimba mitspielt – und präsentierte ein Stück, das mit indigener Musik begann und mit Popmusik endete. Dies war die Überleitung zu den Rockgruppen, angefangen von der Doktorin Krápula, Sprecherin in der Verteidigung der Indigenas, ähnlich wie der französische Sänger Manu Chao, welcher ein internationales Solidaritätskonzert mit den zapatistischen Indigenas in Mexiko organisiert hatte.

Am Tag zuvor hatten Indigenas und Rockgruppen – eingeschlossen Manu Chao – eine Umarmung beim Ritual des Feuers miteinander geteilt und der Mutter Erde ihren Tribut gegeben, angeführt von dem Maya und einem Muisca-Indigena und so das Projekt „Abre Sierra“ der Stiftung Seykiwia zur Verteidigung der Sierra Nevada von Santa Marta, ihren Bodenschätzen und ihren indigenen Völkern – Koguis, Arhuacos, Wiwias und Kankuamos – eröffnet.

Die jüngsten Enthüllungen des Computers des paramilitärischen Chefs *Jorge 40*, der für die Morde an Hunderten von Indigenen der Sierra Nevada verantwortlich ist, wie auch die Gewalt von FARC und ELN, die Pestizidbesprühungen und verschiedene Megaprojekte (u.a. das Staudammprojekt Besotes), zeugen vom Terror und der Zerstörung, welche in der Sierra herrschen. Mehr als 300 Kankuamos wurden in den letzten 5 Jahren ermordet und in Bogotá leben mehr als 100 Familien dieses indigenen Volkes als Vertriebene. In

Valledupar und anderen Städten der Atlantikküste leben weitere Dutzende von vertriebenen Kankuamofamilien.

Die indigene Beteiligung an diesem Festival ist ein Symbol mit vielfältiger Bedeutung: Der sozialen Verpflichtung der Musik, dem interkulturellen Dialog, der Suche neuer Utopien, der Ablehnung der Gewalt, der Respektierung der Kämpfe der Indigenen, ihrem Engagement für die Menschenrechte, dem Paradigma der Vielfalt, der Sinnsuche und der Suche der Jugend nach ihren Wurzeln. Titel und Refrain des Liedes „Liebe zur Erde“, Leitmotiv der Bewegung Seykiwia, synthetisieren den Sinn dieser Ereignisse: „Wir singen zum Schutz des Gleichgewichts der Mutter Erde, vereint mit den Ältesten, die dieses verkörpern.“ Die indigene Präsenz am Rockfestival war keine folkloristische Episode. Sie ist das Markenzeichen einer Tendenz des Rock, einer neuen Version der Utopie – ausgehend von der Musik und für die Jugend – begründet auf den Prinzipien von sozialer Gerechtigkeit, Umweltbewusstsein und kultureller Tradition. Solange es Utopien gibt, gibt es Hoffnung. Oder wie es in einem Lied heisst: Solange der Sänger nicht verstummt, wird auch das Leben nicht verstummen. Dieser Rock, wenn er auch in Lateinamerika als Imitation und Übersetzung begann, hat eine eigene Sprache erlangt und sucht jetzt seine kulturellen Wurzeln, wie es einer der Interpreten sagte: „Dieses Projekt ist ein Prozess des Wiederfindens und der neuen Verbindung mit uns selber, mit unseren Wurzeln.“

Die Indigenen repräsentieren ein Modell dieser Utopie, aufgrund ihrer Kosmvision, welche auf dem Respekt gegenüber der Erde, ihrem Gemeinschaftssinn, ihrer kulturellen Identität, ihrer Spiritualität, ihrem Widerstand gegen den bewaffneten Konflikt und ihrem kühnen Engagement beruht. Dies heisst nicht, dass es sich um perfekte Gemeinschaften handelt, die frei von Widersprüchen und Problemen sind. Doch sind die indigenen Gemeinschaften Erben von Prinzipien, die eine Beziehung zur Natur und zur Gesellschaft herstellt, welche diametral den Werten von Konkurrenz und Markt entgegengesetzt sind, welche für die Krise von Umwelt, Gesellschaft und Kultur verantwortlich sind. So wird es im Lied „Liebe zur Erde“ von Dr. Krápula angeklagt: „Mit welcher absoluten Blindheit erwachte eines Tages der Mensch um ein System zu organisieren, das Macht und Tod verwaltete, Gesetze der Zerstörung schuf unter der falschen Annahme materielle und technologische Fortschritte zu erreichen, die aber nur das Leben des Planeten und seine Energie vernichten.“

Die am Festival teilnehmenden Indigenen schätzten es ausserordentlich, die Möglichkeit zu haben, den MitbürgerInnen zu sagen, dass es hier auch Indigene gibt, und dass sie so, wie sie ihre Musik und ihre Tradition bewahren, sie auch so gegenwärtig sind wie alle anderen BürgerInnen und zur Diversität der Stadt beitragen. Toño Villazón, der Sänger der Kankuamos, meinte: „Es macht mich glücklich, mittels meiner Lieder mein Territorium zu zeigen.“ Und die Kichwas zeigten, dass sie nebst ihrer indigenen Musik auch die Rockmusik schätzen und zu spielen wissen.

Es ist nicht zufällig, dass dieses Treffen von Rockmusikern und Indigenen zu diesem Zeitpunkt und in Bogotá stattfindet. Es muss anerkannt werden, dass tatsächlich sich Bereiche für die traditionell ausgeschlossenen Bevölkerungsgruppen öffnen. Diese Öffnung wird von der aktuellen Stadtverwaltung von Bogotá gefördert, welche sich für ein menschlicheres, einschliesslicheres und mitfühlendes Bogotá einsetzt. Mit den Indigenen, den AfrokolumbianerInnen, den ZigeunerInnen und den ursprünglichen InselbewohnerInnen von San Andres und Providencia wird zur Zeit eine Politik aufgebaut, welche Aktionspläne zur Unterstützung all dieser Minderheiten enthält.